

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung erfolgt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Postträger gegenposten in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anträge und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Postträger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 4 M. für die 6 gefaltene Zeilenzeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Körperzeile 2.50 M. Bei Anfertigung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltige Körperzeile 3 M. Nachweisungsgebühr 20 Pf. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Zeitungszeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Zeitung keine Haftung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Nachdruck durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Haftung gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 189.

Sonntag den 14. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt.

Die Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses findet am **Sonntag den 25. September 1921** im „Gasthof zum Weißen Adler“ in der Zeit von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr statt.

für die Arbeitgeber in der kleinen Gaststube,
für die Versicherten im weißen Saale.

Zu wählen sind:

18 Arbeitgebervertreter und zwar

- 6 Vertreter als Ausschussvertreter
- 6 Vertreter als 1. Ersatzleute,
- 6 Vertreter als 2. Ersatzleute

und 36 Arbeitnehmervertreter und zwar

- 12 Vertreter als Ausschussmitglieder,
- 12 Vertreter als 1. Ersatzleute,
- 12 Vertreter als 2. Ersatzleute.

Die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen mit dem Hinweis aufgefordert, daß nur solche Wahlvorschläge Berücksichtigung finden können, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei dem unterzeichneten Kassenausschuss eingereicht werden, und daß die Stimmenabgabe auf Bewerber beschränkt ist, die in einem der Wahlvorschläge genannt sind. Die Wahlvorschläge liegen nach ihrer

Zulassung in der Geschäftsstelle der Kasse zur Einsichtnahme aus. Dagegen können auch die als Wählerlisten dienenden Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse eingesehen werden.

Etwasige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstande einzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Wahlausschuss befugt ist, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen und es empfiehlt sich daher, einen Ausweis zur Wahlhandlung mitzubringen.

Im Uebrigen verweisen wir auf die Bestimmungen in § 74 der Satzung und die der Satzung angefügte Wahlordnung.

Wilsdruff, am 13. August 1921.

Der Vorstand.

Paul Neumann, Vorsitzender.

Frische Tafeläpfel

(Langton-Sondergaleichen) Standardpreis 1.50 M.,
bis auf weiteres täglich 8—1 Uhr, Zimmer Nr. 2

Wilsdruff, am 12. August 1921.

Der Stadtrat.

Bis zum **15. August** dieses Jahres ist die **2. Rate** der durch Anforderungsschreiben bekanntgegebenen **Reichseinkommensteuer** an unsere Stadtkassenkasse abzuführen.

Nach Fristablauf beginnt das Beitreibungsverfahren.

Wilsdruff, am 11. August 1921

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis **10 Uhr** vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Oberste Rat hat beschlossen, die oberösterreichische Frage dem Völkerbund zu überweisen.

* Der Reichspräsident hat den Reichstagspräsidenten Loeb und den stellvertretenden Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Abg. Müller-Frank, empfangen.

* Ein Delegierter des Deutschen Roten Kreuzes ist nach Moskau unterwegs.

* Dr. Davy, der ungarische Regierungskommissar für das Burgenland, ist nach Ödenburg abgereist, um Besatzung zu übergeben. Man denkt, bis zum 27. August die Übergabe zu vollziehen.

* Der spanische General Romero und zwölf Offiziere, die aus dem Berge Arrufit (Marokko) eingeschlossen waren, sind in Melilla angekommen sein; über das Schicksal der Truppen ist nichts bekannt.

Völkerbund, hilf!

Die Verhandlungen in Paris haben mit einer großen Überraschung ihr vorläufiges Ende gefunden. Die Segensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung haben sich entgegen allen Erwartungen doch nicht überbrücken lassen. Einen Augenblick lang schien es, als sei ein Bruch unvermeidlich. Bereits war der Ton der Pariser Presse gegen Lloyd George auf äußerste erregt geworden. Da hat man in letzter Stunde an Stelle einer wirklichen Lösung der Frage einen Ausweg gesucht und auch gefunden, allerdings einen Ausweg, der sowohl für die zur Entscheidung berufenen Mächte, die sich damit der eigenen Verantwortung entziehen, eine Blamage ist, als auch für Deutschland, und besonders für das unglückliche Oberschlesien selbst, denkbar ungünstige Aussichten eröffnet. Die letzte Nachricht aus Paris lautet: Die Oberschlesische Frage wird durch ein *Compromis* geregelt. Man ist übereingekommen, die Angelegenheit auf Grund von Artikeln 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund zu überweisen.

Dieses Kompromiß ist von allen möglichen Lösungen die schwächste und zugleich bedenklichste, wenn man einmal als selbstverständlich annimmt, daß eine Zuteilung wesentlicher Teile des Industriegebietes in Paris nach dem Stande der Verhandlungen unmöglich beschloffen werden konnte. Einmal bedeutet dieser Ausweg eine weitere Verschleppung der ganzen Frage auf zunächst unabsehbare Frist, und damit ist einer der wesentlichsten Wünsche der Franzosen erfüllt, die ihren polnischen Freunden soviel wie möglich Zeit zur „Bearbeitung“ des oberösterreichischen Landes und Volkes lassen wollen. Die Unsicherheit bleibt also zunächst auch weiterhin bestehen und kann in Oberschlesien selbst nur eine tiefe Enttäuschung zur Folge haben. Dann aber fragt man sich, welche Aussichten für die Lösung der Frage vor dem Völkerbund bestehen? Ganz abgesehen davon, daß Deutschland diesem Bunde nicht angehört und daß diese ganze Einrichtung überhaupt keinen Anspruch darauf erheben kann eine wirkliche unparteiische, überparteiliche Instanz zur Entscheidung internationaler Fragen zu sein, hat der Völkerbund bisher noch keinerlei Leistungen aufzuweisen, die ihn berechtigen könnten, in einem so hervorragenden wichtigen Falle seine Stimme hören zu lassen. Die Bedeutung dieser Überwältigung und aus den Reihen der Entente selbst oft mit abweisender Fronte behandelten Korporation ist im Laufe der kurzen Zeit ihres Bestehens immer mehr gesunken. In einzelnen Fällen, es sei nur an die Mandatsfrage erinnert, hat die Rechtsprechung dieses internationalen Tribunals völlig versagt, und nun soll die gleiche Stelle zum Schieds-

richter in der brennendsten Lebensfrage Deutschlands, ja Europas, berufen werden.

Dieses löblichen Verlegenheitsbeschlusses des Obersten Rates, der damit auf seine Vorrechte als „oberster“ Rat gewissermaßen verzichtet, kann man selbstverständlich nicht als die wirklich endgültige Lösung des oberösterreichischen Problems ansprechen. Wer ist denn dieser Völkerbund, und wessen Stimme spricht denn aus ihm, wenn er wirklich eines Tages zu einem Spruch über Oberschlesien kommen sollte? Es sind doch nur die gleichen Staaten, deren Führer jetzt in Paris angesichts der Notwendigkeit einer selbständigen Entscheidung verzagt haben. Allerdings sind noch eine Reihe anderer Staaten im Völkerbund vertreten, aber die wirkliche Entscheidung wird nicht durch die Menge der Stimmen der Kleinen, auch zum Teil uninteressierten Staaten getroffen, sondern letzten Endes doch wieder von den gleichen Mächten, die jetzt zu keiner Einigung kommen konnten. Nur wird alles in eine unklare verschwommene Atmosphäre hineingesteuert, in der sich die unrichtigen politischen Wertschätzungen zwischen Paris und Warschau leichter verbergen und durchsetzen lassen, als es bisher der Fall gewesen sein mag. Und wenn schon in Paris unter drei Männern keine klare Lösung gefunden werden konnte, wie soll ein so ungeheurer schwieriger Problem von dem schwerfälligen Apparat des Völkerbundes bewältigt werden?

Man sieht schon heute den Tag voraus, an dem die oberösterreichische Frage auch vor dem Völkerbund — vorausgesetzt immer, daß sie wirklich dorthin gelangt, und daß Lloyd George und Briand sich die Sache nicht noch zweimal anders überlegen — in eine Krise über die andere gerät und letzten Endes wohl wieder von den gleichen Mächtern, die jetzt ihren Bankrott ansagten, herausgeholt und nach eigenem Ermessen „gelöst“ wird, falls man bis dahin Zeit fand, sich hinter den Kulissen besser zu einigen und vorzubereiten. Jetzt aber gilt wieder wie bisher die trostlose Parole: Warten — warten, und weiter duseln. Armes Oberschlesien! Mit wie wenig Weisheit wird die Welt regiert.

Irlands Entscheidung.

Einseiner-Parlament einberufen.

Wie eine Bombe ist die Depesche aus London, die de Valera's Antwort meldete, in die Pariser Verhandlungen hineingeflogen. Lloyd George kündigte sofort an, seine Anwesenheit in London sei dringender nötig, wichtiger jedenfalls als die in Paris — das Gend ist mir näher als der Tod. Der Inhalt der Antwort de Valera's ist natürlich noch unbekannt, man ist auf Vermutungen angewiesen. Eine Londoner Depesche meldet uns:

Die Antwort von de Valera auf die englischen Regierungsverträge über die irische Regelung ist Chamberlain überreicht worden. Chamberlain sagte, als er diese Tatsache dem Unterhause mitteilte, daß er de Valera's Antwort sofort an Lloyd George nach Paris weitergegeben habe. In unterrichteten Kreisen behauptet man, daß die irische Antwort *etwa* *etwa* *etwa* sei, so ernst, daß dadurch die Rückkehr Lloyd George's veranlaßt werde.

„Erster Akt“, d. h. mit andern Worten, es fällt den Einseiner gar nicht ein, sich von Lloyd George's schönen Redensarten einwickeln zu lassen. Sie haben kein Vertrauen zu der englischen Regierung, und das kann ihnen wahrhaftig kein Mensch verübeln. Es will dagegen nicht viel bedeuten, wenn die englischen Stimmen sanfter klingen. Man kennt die englische Pressemache. Reiter erfährt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß die Antwort de Valera's eine Fortsetzung der Verhandlungen wahrscheinlich macht und nicht darauf berechnet ist, ihren Verlauf in der Zukunft zu gefährden. „Star“ erfährt, daß die Einseiner

ore vorzuzugige Lloyd Georges mit gewissen Vorbehalten annehmen werden. Das sind, wie gesagt, Reitermeldungen, die nur mit Fragezeichen genießbar werden. Aber selbst Reiter muß die folgende Meldung verbreiten:

Das Einseiner-Kabinett hat seine Vertreter in Rom, Paris und Washington beauftragt, nach Irland zurückzukehren, um einer Sitzung des Einseiner-Parlamentes beizuwohnen.

Das bedeutet, daß die irischen Nationalen vor die schwerste Entscheidung gestellt werden, die sich denken läßt, und daß sie durchaus nicht gewillt sind, die Frage im Sand zu laufen.

Massenflucht aus Rußland.

Polnische Angst vor der Cholera.

Während ganz Europa und Amerika, Freund und Feind, sich zur Hilfeleistung für das unglückliche Rußland zusammenschließen, haben die Polen nur Sorge um sich selbst. Eine Warschauer Meldung besagt:

An der polnischen Ostgrenze, namentlich nach Ostgalizien zu, macht sich in letzter Zeit ein sehr starker Zustrom russischer und ukrainischer Flüchtlinge bemerkbar, die unter dem Druck der aus den russischen Hungeregouvernements flüchtenden Abwanderer polnische Gebiet betreten. Damit ist die große Gefahr der Einschleppung von ansteckenden Krankheiten, namentlich der Cholera, verbunden. Der polnische Ministerrat beschloß, Maßnahmen zur Abwehr dieser bedrohlichen Zustände zu treffen.

Die polnischen „Maßnahmen“, von denen hier die Rede ist, können natürlich nur Absperrungen sein, denn zu hygienischer oder sanitärer Hilfeleistung ist die polnische Volkswirtschaft nicht in der Lage. Der Angabe, daß die Massenflucht aus Rußland sich gerade auf Polen zu bewegen, wird übrigens stark widersprochen. Die Engländerin Ellen Wilkinson, die sich seit über einem Monat in Rußland aufgehalten hat, um die dortige Gewerkschaftsbewegung zu studieren, hat einiges über ihre Erfahrungen im „Manchester Guardian“ mitgeteilt. Sie widerspricht aufs entschiedenste der Annahme, daß die Hungerschwärme sich nach Westen bewegen. Sie gingen nach Sibirien oder Ostsibirien, aber nicht nach Westen. Nach dem Westen zu gehen, läge gar kein Grund für die Hungerschwärme vor, denn die Zustände in Polen sind unbeschreiblich, und auch dort ist nichts zu finden. Die Hilfeleistung sei vorzugsweise eine Transportfrage, die Zahl der brauchbaren Lokomotiven in Rußland betrage nur 2000, eine Zahl, die zu gering sei, um das Getreide aus den getreidereichen Gegenden Rußlands heranzuschaffen. Die Zahl der Cholerafälle besitzert sich nach Ellen Wilkinson auf 130 000.

Weiter sagt Fräulein Wilkinson, es sei durchaus nicht wahr, daß in Rußland Anarchie herrsche. Die Leistungen der großzügigen Unterstützungsorganisationen fußen auf der Militärorganisation, an deren Spitze Trotzki steht. Die Militärmacht sei die leistungsfähigste öffentliche Einrichtung des Landes. Von Differenzen zwischen Trotzki und Lenin sei keine Rede. Sie würden miteinander als Leute, die viel zusammen durchgemacht hätten, aber Lenin sei ermüdet und überarbeitet, Trotzki sei gesund und leistungsfähig.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Deutsche Zahlungen an die Entente.

Deutschland hat jetzt zur Einlösung der von ihr an die Entente übergebenen Schatzwechsel wieder Zahlungen

im Wert von ungefähr 250 Millionen Goldmark geleistet. Infolgedessen sind der deutschen Regierung von der Reparationskommission fünf Schatzwechsel, von denen jeder auf 10 Millionen Dollar lautet, zurückgegeben worden. Die Summe, die zur Einlösung des nächsten Schatzwechsels erforderlich ist, befindet sich auch schon in den Händen der Reparationskommission.

Freigabe der Getreideeinfuhr?

Dieser Tage hat eine Sitzung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft stattgefunden, in der die Frage der freien Einfuhr von Brotgetreide, Weizen und Roggen mit den in dem Ausschuss der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel vereinigten Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Mühlenindustrie erörtert worden ist. Sämtliche Vertreter der genannten Wirtschaftskreise haben sich, namentlich mit Rücksicht auf die derzeitige Preisbildung für Weizen im Inland, einstimmig für sofortige reifliche Aufhebung der bisher bestehenden Einfuhrzölle für Brotgetreide ausgesprochen. Die Entscheidung des Reichsministeriums in dieser Frage soll schon in den nächsten Tagen erfolgen. Wird der Reichstag einberufen?

In Berlin fand eine Besprechung zwischen Reichskanzler Wirth, Reichstagspräsident Löbe und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Hermann Müller, statt. Die Besprechung drehte sich natürlich um die oberschllesische Frage. Als Ergebnis dieser Besprechung ist festzustellen, daß der Auswärtige Ausschuss bald zusammentreten soll. Wenn jedoch eine Verschiebung der Lage eintritt, soll unter allen Umständen das Plenum des Reichstages zusammentreten.

Griechenland.

× Vom Orientkrieg. Aus Athen wird gemeldet: Ein griechischer Minister hat den Vätern mitgeteilt, daß die Griechen nicht wieder den Fehler von 1918 wiederholen würden und sich mit den Türken auf einen Waffenstillstand einließen. Die Griechen seien fest entschlossen, sich Bürgerschaft dafür zu verschaffen, daß die Türken die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen können. Man hat den Eindruck, als sei diese Meinungsäußerung vor der letzten griechischen Niederlage erfolgt.

Türkei.

× Abkommen mit der Ukraine. Der türkische Botschafter bei der russischen Sowjetrepublik Ali Fuad forderte die ukrainische Regierung auf, die Verhandlungen über das beabsichtigte ukrainisch-türkische Abkommen in Angora zu führen und ihre Vertreter dorthin zu senden, da die türkischen Staatsmänner infolge der Größe des historischen Augenblicks, den das türkische Volk durchlebte, nicht abkömmlich sind. Zugleich schlägt Ali Fuad eine türkisch-ukrainische Konvention über die Rückkehr der Kriegsgefangenen vor, die vor Abschluß des Hauptvertrages in Kraft treten soll.

Nordamerika.

× Die Abrüstungskonferenz. Neuter meldet aus Washington: Die Einladung zur Abrüstungs- und Pacific-Konferenz ist an Großbritannien, Frankreich, Japan, China und Italien abgesandt worden. Der Text der Einladung wurde veröffentlicht. Er schränkt den Spielraum der Verhandlungen nicht ein, regt aber an, den Rüstungen zur See den ersten Platz unter den Verhandlungsgegenständen einzuräumen, wenngleich die anderen Rüstungsarten von der Diskussion nicht ausgeschlossen sein sollen.

Japan.

× Noch ein Völkerverbund? Aus Tokio wird gemeldet: Ein höherer japanischer Beamter des Auswärtigen Departements erklärte, daß Japan bereit sei, wenn die Konferenz in Washington es beschließen sollte, sich an einer von Harding zu errichtenden Völkergemeinschaft zu beteiligen.

Wo nehmen wir die Milliarden her?

Die Kritik der Parteien am Steuerprogramm. Seit der Reichskanzler seine ersten 15 Steuerentwürfe bekanntgegeben hat, ist durch die gesamte deutsche Presse aller Parteien ein großes Schütteln des Kopfes gegangen. Fast ohne Rücksicht auf die sonstige mehr oder weniger freundliche Haltung gegenüber dem jetzigen Kabinett hat sich in der Steuerfrage eine Art Einheitsfront im ablehnenden Sinne gebildet. Niemand findet sich, dem dieses Programm reslos gefällt, und zwar nicht etwa deshalb, weil Steuern im allgemeinen wenig Wohlgefallen zu erwecken pflegen, sondern diesmal eigentlich mehr aus dem entgegengegesetzten Grunde. Man sagt ganz übereinstimmend, daß diese 15 neuen Steuern alle zusammen nur Stück- und Flickwerk darstellen und bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf an Milliarden zu decken, die wir für unsere innere Unterbilanz, für die Befähigungsgruppen und für die Wiedergutmachungszahlungen brauchen. Das allgemeine Mißfallen wird vor allem dadurch erregt, daß dieses Steuerprogramm nicht gleichzeitig mit einer großen, auf wirtschaftlichen Reformen beruhenden Neuordnung des staatlichen Finanzwesens verbunden, nicht von einem einheitlichen großen neuen Gesichtspunkte aus aufgestellt ist, sondern sich ganz in den ausgetretenen Bahnen der alten Steuerpraxis bewegt.

Wenn sich also so ziemlich alle Parteien in der Meinung einig sind, daß es mit dem bisherigen Plan des Reichskanzlers nicht geht, so weichen doch die Ansichten sehr stark voneinander ab, wenn es sich um die Frage handelt, was nun geschehen soll. Daß etwas geschehen muß, darüber ist sich jedermann im Klaren. Das kürzlich bekanntgegebene Steuerprogramm deckt höchstens 70-80 Milliarden Mark von den 120-150 Milliarden, die wir nach den verschiedenen Schätzungen für den diesjährigen Bedarf des Reiches brauchen. Woher nehmen wir also die fehlenden 50-80 oder gar 70 Milliarden? Die Regierung selbst hat sich noch nicht darüber klar werden können, welche Wege in dieser Frage eingeschlagen werden sollen. Die Beratungen im Kabinett sind noch nicht abgeschlossen und kommen nicht recht vorwärts wegen der Meinungsverschiedenheiten über das Problem der

Erfassung der Sachwerte.

Darunter versteht man eine Beteiligung des Reiches an allen beweglichen Gütern, die nicht oder nur wenig von dem schwankenden Kurse des Papiergeldes abhängig sind. Man spricht daher auch von „Goldwerten“ und versteht darunter jede Art von Grundbesitz, Fabrikanlagen usw., vor allem also Werte, die kein totes, sondern verbendes Kapital darstellen. Am kürzlich der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, daß alle solche „Sachwerte“ durch hypothekarische Belastung für das Reich mit großen Summen zur Ausbringung der nötigen Milliarden herangezogen werden sollen. Der Reichskanzler, und mit ihm die Mehrheit des Kabinetts, kann sich jedoch nicht entschließen, diesem Vorschlag seine Zustimmung zu geben, da man mit Recht befürchtet, daß durch ein solches Verfahren große Erschütterungen und

Krisen innerhalb der Wirtschaftskreise, die als Befürchter solcher Werte in Frage kommen, herbeigeführt würden und daß damit nicht nur eine allgemeine volkswirtschaftliche Schädigung, sondern auch eine Entwertung dieser „Goldwerte“ selbst verbunden sein würde. Man betont, daß es jetzt zwar leicht wäre, von den Sachwerten große Steuern zu erheben, damit aber wird die Kapitalkraft dieser Werte zu sehr geschwächt, und damit auch ihre Ertragsfähigkeit für die Zukunft. Daß die Erträge insbesondere in der Großindustrie stärker als bisher und möglichst unmittelbar an der Quelle, wo sie als Reingewinn entstehen, erfasst, und zu Steuerzwecken ausgenutzt werden müssen, darüber herrscht auch in den Kreisen der Industrie selbst kein Zweifel mehr, aber der Weg, auf dem das möglich ist ohne Schädigung des Organismus der Industrie geschehen kann, soll erst noch gefunden werden. Es wird allerdings eine ernste Aufgabe derjenigen politischen und wirtschaftlichen Kreise sein, die den Gedanken der hypothekarischen Belastung ablehnen, nunmehr mit eigenen, besseren Vorschlägen hervorzutreten, um dem Ziele der Erfüllung des Ultimatums wenigstens möglichst nahe zu kommen, wenn es auch nicht möglich sein dürfte, auf die Dauer die auf Grund des Londoner Dekrets unterworfenen Verpflichtungen restlos innezuhalten.

Die innerpolitischen Folgen.

Dieser Meinungsverschiedenheiten in der Steuerfrage lassen sich schon jetzt ziemlich deutlich voraussagen. Die Sozialdemokraten, die bis jetzt im Bunde mit Zentrum und Demokraten die Grundlage der Regierung bilden, sehen sich hier allein dem Widerspruch der anderen Parteien gegenüber. Sie sind aber nicht zu Zugeständnissen geneigt. Der Vorkämpfer gibt der Stimmung seiner Partei u. a. in den Worten Ausdruck:

Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Reichsfraktion sein, dafür zu sorgen, daß die ursprünglich geforderte Goldhypothek auf den Grundbesitz eingeführt wird. Wehren sich die bürgerlichen Politiker dagegen, so wird man ihnen die Verantwortung dafür überlassen müssen, daß ein Zustand geschaffen wird, in dem der besagte Teil des Volkes steuerlich privilegiert wird, während der Verbrauch und die Produktion damit gänzlich abgedrosselt werden.

Damit ist klar ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten in der Steuerfrage von ihrem Plan nicht abgehen wollen, und das Gespenst der Regierungskrise, welches man schon am Tage der Regierungsbildung vor der Unterschrift unter das Ultimatum von ferne erblickte, rückt langsam näher. Der September wird mit dem Wiederbeginn des Reichstages Klarheit darüber bringen, ob die jetzige Regierung in der Lage sein wird, ausreichende Steuerquellen aufzuschließen, denen nicht die Gefahr der Zerstörung wichtiger Wirtschaftszweige innewohnt, oder ob sich eine andere Regierung mit der Frage, wo wir die fehlenden Milliarden hernehmen, befassen muß. Zunächst ist jedenfalls eine Verantwortung dieser Frage überhaupt unmöglich, solange wir nicht wissen, was aus Oberösterreich wird, denn erst die Entscheidung in dieser Frage wird gestatten, die künftigen wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands so weit zu überschauen, als es zur Beurteilung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit nötig ist.

Der Negertag zu Newyork.

„Dieck rief, die Geister!“

Schon beginnt das große Verbrechen an der Kultur, das unsere Feinde begangen und noch immer begehen, Früchte zu tragen. Man hat sich nicht gescheut, Schwärze, Gelbe und Rote gegen die Mittelmächte zu mobilisieren — jetzt weigern sich die Farbigen, abzurufen. Sie wollen sich nicht wie jener Mohr, der seine Arbeit getan hatte und gehen durfte, in die Ecke stellen lassen. Mißbillig schallt den Amerikanern und den übrigen die Phrasologie in den Ohren, die sie den Schwarzen selbst beigebracht haben. Die Negert Amerikas, eine statische Zahl und längst unzufrieden über die soziale Zurücksetzung, haben sich zusammengeschart und verlangen ihr Recht, sie wollen nicht mehr Menschen zweiter Klasse sein. In Newyork haben sie einen großen Kundentag abgehalten, über den die „Times“ sich telegraphisch berichten läßt:

Die Straßen des Newyorker Regierungsviertels hallten wider von Wut und dem Rauschen einer Meilenlange, die dort anlässlich der Eröffnung der Jahresversammlung der Universal Negro Improvement Association („Allgemeiner Negertfortschrittssbund“) zusammenströmte. Das Hauptthema dieses Tages war ein Umzug von 15.000 Negern, an dem sich Angehörige von Unterorganisationen des Bundes aus allen Gegenden der Vereinigten Staaten und Vertreter der Negert in anderen Ländern, Schwärzen vom „Schwarzen Kreuz“, schwarze Jugendorganisationen usw. beteiligten. Die Eröffnungssitzung des Kundentages wurde in bergedrahter Weise von Dr. Marcus Garvey geleitet, der sich den vorläufigen Präsidenten von Afrika nennt. In der Eröffnungssprache behauptete er, daß nunmehr 400 Millionen Negert die Forderung stellten: „Afrika den Afrikanern!“, und daß sie zur Durchsetzung ihres Rechts selbst einen Krieg nicht scheuen würden. Der nächste Weltkrieg werde überhaupt ein Rassenkrieg (vermutlich ist Japan-Amerika gedacht) sein, und wenn dabei die Weißen nicht die Negert auf ihrer Seite hätten, würden sie von der vereinten Macht der Farbigen der ganzen Welt erdrückt werden. Andere Redner äußerten sich in gleicher Art. Der Bund richtete Telegramme an den Präsidenten Harding und den Staatssekretär Hughes, denen er den Beistand von 400 Millionen Negern anbot, an den König von England, von dem man Freiheit für Irland forderte, und an den Jrenenführer de Valera und den indischen Führer Gandhi mit Sympathieausdrücken für deren „Kampf für die Freiheit“.

Die Parteinahme der Schwarzen für Irland und die indischen Nationalisten wird an der Thematik besonders angenehm empfunden werden. Daß die afrikanischen Negert (Marokko, Sudan, Senegal usw.), die sich zurzeit französischer Herrschaft erfreuen, nicht erst weiter erwähnt werden, darf nicht ausfallen. Wenn man die Parole verkündigte: „Afrika den Afrikanern!“ versteht sich das von selbst, und an der Seine darf man Londons Schmerz teilen.

Der kleine Spekulant.

Vorschläge gegen das Börsenfieber. Daß die Spekulationswut in Deutschland bedenklich weite Kreise gezogen hat, ist genugsam bekannt. Die Berliner Börse hat sich genötigt gesehen, den Betrieb in der Woche mehrmals ruhen zu lassen, damit die Käufer und die Banken mit der Abwicklung der Geschäfte nicht allzu sehr in Rückstand geraten. Die Banken haben es vielfach abgelehnt, erteilte Order früher als nach ein paar Tagen auszuführen. Trotzdem hat die Spekulationswut nicht erheblich abgenommen. Da ist der Gedanke aufgetaucht, den kleinen Spekulanten den Wertpapierumsatz an der Börse zu erschweren. Eine Gruppe von Banken hat daher empfohlen, die Provisionssätze für kleine Aufträge von 1000 bis 2000 Mark beträchtlich zu erhöhen. Daneben sollen die Kredite für Börsenspekulationen eingeschränkt werden.

Diese Maßnahmen dürften schwerlich zum erstrebten Ziele führen. Wer bei einem Börsenwärtigen Gewinne von

ein paar hundert Mark zu machen hofft, wird nicht durch Erhöhung der Wertprovision um einige Mark vom Spekulationsfieber kuriert. Die Beschränkung der Kredite ist gleichfalls wenig wirksam, da die meisten kleinen Spekulanten ihre Aufträge bar bezahlen. Man wird vielmehr zu dem resignieren Schluß kommen, daß in der Börsenspekulation die Menschen auch erst durch Schaden klug werden. Allen Warnungen zum Trotz war es nicht gelungen, zahlreiche Beamte, Angestellte, Pensionäre, ja Kriegswitwen und kleine Sparer von der Gefährlichkeit der Wertpapierpekulation zu überzeugen.

Wie lange die Konjunktur der Dividendenpapiere dauern wird, vermag niemand vorher zu sagen. Deutsches Geld schwimmt in ungezählten Milliarden im Ausland herum und führt zu einer Massenachfrage nach deutschen Wertpapieren. Da die Ausschüttungen der deutschen Wirtschaft alles andere als rosig sind, kann die Hausbewegung der deutschen Dividendenwerte nicht in alle Ewigkeit fortauern. Die meisten kleinen Spekulanten legen aber ihre Gewinne nicht zurück, sondern verzehren sie. Zeit einmal ein Stückland in der Aufwärtsbewegung der Kurse oder gar ein Rückgang ein, so muß es zu einem verstärkten Angebot an Wertpapieren und damit zu einer verstärkten Abwärtsbewegung der Kurse kommen. Wer behauptet, er könne ohne Spekulationsgewinne seinen Unterhalt nicht bestreiten, betrügt sich selbst. Wer keine überschüssigen Mittel hat, deren Zinsersatz er missen kann, bleibe der Börse fern; er wird doch früher oder später der Leidtragende sein.

Nah und Fern.

○ Die Erde im Schweif eines Kometen. Wie die Königsstuhlfernwarte in Heidelberg mittelt, ist in der Nacht vom 8. zum 9. August die Erde durch den Schweif eines Kometen gegangen. Quer über dem sternklaren Himmel lag eine Anzahl leuchtender Bänder in Form eines Kranzes von Westnordwest nach Ostnordost. Die Bänder bewegten sich langsam in der Richtung Nordnordost und verließen in der Morgenämmerung. Der Kopf des Kometen ist zwischen der Sonne und Erde südwärts vorbeigezogen. Es handelt sich hier augenscheinlich um das Gefirn, das nach einer Depeche aus Cambridge in Amerika an die Zentralfeste für astronomischen Nachrichtendienst in Brüssel am 7. August bei Sonnenuntergang südlich der Sonne beobachtet worden ist. Der Stern gleich an Glanz der Venus, und es war schon in dieser Meldung die Vermutung ausgesprochen worden, daß es sich hier entweder um einen neuen Stern oder um einen Kometen handele.

○ Franz Schwachens 80. Geburtstag. Der bekannte Architekt Franz Schwachens feierte am 12. August seinen 80. Geburtstag. Er hat in den Jahren 1875 bis 1880 den Anhalter Bahnhof in Berlin erbaut und damit eine vorbildliche Leistung vollbracht. Später wurde er der Schöpfer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin und der Posener „Kaiserpfalz“.

○ Erneuter Einbruch in die Weimarer Fürstengruft. Die Fürstengruft zu Weimar war abermals der Schauplatz eines Schreckens, aber für die Besucher nicht sehr erfolgreichen Einbruchs. Die Täter hielten einen goldenen und einen vergoldeten Kranz, den die Ortsgruppe Seltenkirchen der Goethegesellschaft erst kürzlich niedergelegt hatte.

○ Schwarz-weiß-rotes Rotgeld. Zur Hamburger Kultur- und Sportwoche wird von der Geschäftsstelle Rotgeld ausgegeben, das ein schwarz-weiß-rotes Flaggenband. Die Hamburger Verkehrsarbeiter haben nun ihre Arbeiterräte beauftragt, bei der Direktion durchzusetzen, daß dieses Rotgeld nicht als Zahlungsmittel bei der Hochbahn, Straßenbahn und Alsterschiffahrt in Zahlung genommen wird. Die Arbeiterräte haben daraufhin ihre Kollegen aufgefordert, die Annahme dieses Geldes zu verweigern.

○ Brand des Dessauer Güterbahnhofes. Im Westflügel des Dessauer Güterbahnhofes brach ein Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit über das ganze Gebäude erstreckte. Schwere Explosionen deuteten auf das Vorhandensein großer Mengen Explosivstoffe. Einige eiserne Kohlenfahrbühnen flogen hunderte von Metern in die Umgebung. Der Schaden ist sehr groß.

○ Fernflug Berlin-Bularek. Der französische Hauptmann Belletier d'Orly ist auf einem Eindecker in Bularek angekommen. Er hat den Flug Paris-Bularek in 19 Stunden zurückgelegt. Der Flug gilt als Versuch für die Errichtung eines Flugdienstes Paris-Bularek, der mit regelmäßigen Flügen im kommenden Frühjahr beginnen soll.

○ Das U-Boot als Koffeekhaus. Aus Kopenhagen kommt die Nachricht, daß das deutsche Tauchboot U 20, das seinerzeit die „Lusitania“ torpedierte und später an der Westküste Islands aufstieg, zu einem Strandkaffee ersten Ranges hergerichtet werden soll.

○ Mit einem Eisberg zusammengestoßen. Der Dampfer „Vergensford“ der nordischen Amerikaner wäre beinahe dem gleichen Schicksal zum Opfer gefallen wie einst die „Titanic“. Ein großer Eisberg glitt am Hinterteil des Schiffes entlang, wodurch eine Platte eingedrückt und die Schraube verbogen wurde. Die Reise konnte jedoch fortgesetzt werden.

○ Opfer der Berge. Bei der Besteigung der Dreijuppenspitze in Tirol ist die Stadtratsgattin Eugenie Köch aus Deutschland abgestürzt. Im mittleren Fuchshorn erlitt der Regierungsbaurat Johann Krieg aus Offenburg (Baden) durch Absturz den Tod. Vermißt werden drei Innsbrucker Touristen, die eine Tour ins Karwendel zur Erstbesteigung des Kragmarter Kar (Mälzerwand) unternommen hatten.

○ Die Krone. Nach Schätzung des tschechischen Landwirtschaftsministeriums beträgt der in den Wäldern der Tschedoslawakei durch die Krone angerichtete Schaden bereits anderthalb Milliarden Kronen. Bei den unzulänglichen Abwehrmaßnahmen und der Vermehrungsfähigkeit des Schmetterlings dürfte mit einer starken Erhöhung dieser Zahl zu rechnen sein.

○ Internationaler Augenärztekongress. In Wien tagte der Internationale Kongress der Augenärzte, zu dem neben zahlreichen österreichischen Ärzten die bekanntesten Augenärzte Deutschlands, Ungarns, Italiens, der Schweiz, Dänemarks, Spaniens, Nord- und Südamerikas, Brasiliens, Japans, Australiens, Indiens usw. erschienen waren. England, Frankreich und Belgien waren auf dem Kongress nicht vertreten.

Neueste Meldungen.

Beschlagnahmtes deutsches Eigentum für Besatzungskosten. Newyork. Der amerikanische Vertreter in der alliierten Finanzkommission in Paris hat der Regierung in Washington mitgeteilt, daß die Alliierten die amerikanischen Ansprüche, die Kosten für die Besatzungsarmee am Rhein ersetzt zu erhalten,

Betr...

war ni...
mit...
so ge...
leben...
Gesch...
genosse...
es. E...
er hör...
der H...
in an...
jenem...
und te...
benten...
Verh...
Innen...
sie ha...
darum...
lich an...
andere...
lassen...
allen...
du zu...

de...

gehen...
li o n...
A t t...
waren...
mann...
nahm...
grund...
in die...
sei an...
von...
größ...
angab...
der r...
wehre...
Begin...
barte...
habe...
Ange...
bring...
ausf...
S a d...
teiler...
Mach...
vom...
Bitte...
frühe...
hätte...
den...
Jelle...
des...
um...
Kath...
hau...
im...
diger...
im...
Gel...
E n...
werb...
W e...
Witt...
anlo...
nun...
leite...
doch...
gewo...
Fah...
R i t...
E r...
g e...
W a...
d a r...
M i t...
Z e...
g e...
Mö...
Gen...
Dor...
wort...
aus...
Fah...
wort...
zu...
zu...
Gri...
Pro...
jache...
hem...
von...
Aus...

des...
Met...
liche...
ur...
Vett...
lomb...
den...
den...
und...
fähr...
toss...
das...
info...
beip...
sel...
leib...
zur...
set...
glü...
o t...

Betrachtung für den 12. Sonntag nach Trinitatis

Matth. 7, 35: Und alsobald taten sich seine Ohren auf, und das Band seiner Zunge ward los, und rebete recht.

Das Hephata, das der Herr zu dem Taubstummen sprach, war nicht bloß Gebetswunsch, sondern vermöge der Einheit Jesu mit dem Vater Befehlswunsch: Tue dich auf! Und wie er sprach, so geschah's. Hier kannst du die göttliche Allmacht des Herrn sehen. Sie hat zuwege gebracht, was keine menschliche Macht und Geschicklichkeit vollbringen kann. Darum staunten seine Zeitgenossen darüber, und mit Recht, denn ein großes Wunder war es. Sie sprachen: „Er hat alles wohl gemacht, die Tauben macht er hörend und die Sprachlosen redend.“ Solche Wunder hat der Herr damals oft getan. Auch jetzt tut er Wunder, wenn auch in anderer Weise. Das Hephata spricht er über manche, die jenem Taubstummen gleichen, nämlich über solche, die stumpf und teilnahmslos sind gegen Gottes Wort, die an nichts anderes denken, als an Selbstes. Ist der Herr aber mit ihnen in nähere Berührung gekommen, geht eine wunderbare Veränderung mit ihnen vor: ihr Herz und Sinn ist aufgeschlossen für das Erwoigte, sie haben eine Erkenntnis gewonnen, die ihnen bisher fehlte; darum loben und bekennen sie den Herrn, der sich ihrer so freundlich angenommen hat, sie „reden recht“. Darüber wundern sich andere Menschen wohl auch; sie sollten es aber dabei nicht bleiben lassen, sondern selbst danach streben, daß der Herr sie heile von allen Gebrechen. Solltest du das nicht auch nötig haben? Bist du zum Heilande gekommen?

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 8. August 1921.

(Fortsetzung.)

Amtshauptmann Dr. Sievert erstattete sodann eingehenden Bericht über das vor einer Woche erfolgte Explosionsunglück in der der Deutschen Runkleder-Alliengesehäftskasse in Köthig gehörigen früheren Zellulosewarenfabrik in Brodowitz und über die von der Amtshauptmannschaft zur Verhütung weiterer Unfälle getroffenen Maßnahmen. Durch die Explosion seien nicht nur auf dem Fabrikgrundstück und in den Nachbarfabriken außerordentliche, wohl in die Millionen gehende Sachschäden entstanden, sondern es sei auch der Verlust dreier Menschenleben und die Verletzung von 12 Arbeitern zu beklagen. Wenn das Unglück nicht noch größer geworden sei, so sei dies fast noch als ein Wunder anzusehen und wohl vor allem mit dem tatkräftigen Eingreifen der verschiedenen von allen Seiten sofort herbeigeeilten Feuerwehren zu verdanken. Da die Angelegenheit einen Teil des Bezirkes, das rechtselbische Industriegebiet und die benachbarten Gemeinden, außerordentlich bewegt und erregt habe, habe es der Amtshauptmannschaft für seine Pflicht gehalten, die Angelegenheit im heutigen Bezirksausschusse zur Sprache zu bringen und auf die Tagesordnung zu setzen, um die Bezirksausschussmitglieder und auch die Öffentlichkeit über die Sachlage aufzuklären und dem Bezirksausschuss Mitteilung über die von der Amtshauptmannschaft getroffenen Maßnahmen zu machen. Hierbei konnte er gleichzeitig einer vom Geschäftsführer Schmidt in Coswig an ihn gerichteten Bitte, heute über die Angelegenheit zu berichten, nach. — Die frühere Zellulosewarenfabrik in Brodowitz, in der die Explosion stattgefunden habe, sei in den Jahren 1912/13 errichtet worden. Gegenstand der Fabrikation war die Ueberführung von Zelluloseabfällen in einem mehrtägigen Zustand und Extraktion des im Zellulose enthaltenen Kampfers. Es handelte sich dabei um die Verarbeitung feuergefährlicher, aber feiner explosiven Materialien. Für diese Fabrikation habe die Amtshauptmannschaft gelegentlich der Erteilung der Baugenehmigung im Einvernehmen mit dem Gewerbeaufsichtsamte alle notwendigen feuerpolizeilichen Bedingungen gestellt. Die Fabrik sei im Jahre 1917 in den Besitz der Deutschen Runkleder-Alli. Ges. übergegangen. Der Betrieb sei kurz vorher, Ende 1916, eingestellt worden. Laut dem dem Gewerbeaufsichtsamte mehrfach gemachten Mitteilungen habe der Betrieb von da ab geruht. Im Hinblick auf diese Mitteilungen habe das Gewerbeaufsichtsamte auch keine Veranlassung gehabt, eine Befichtigung vorzunehmen. Frage man nun nach der Ursache des Unglücks, so müsse, wenn über den letzten Unfall der Explosion auch keine volle Klarheit bestünde, doch festgestellt werden, daß es nur dadurch überhaupt möglich geworden sei, daß die Deutsche Runkleder-Alliengesehäftskasse die Fabrik dazu benutzt habe, um dort in unzulässiger Weise Nitrozellulose (Schießbaumwolle) zu lagern. Die Firma habe hierzu keine Genehmigung nachgesucht, hätte sie natürlich auch nicht erhalten. Weder der Gemeindevorstand oder die Amtshauptmannschaft, noch das Gewerbeaufsichtsamte haben darum gewußt, daß die Deutsche Runkleder-Alliengesehäftskasse auf dem Grundstück der Zellulosewarenfabrik Schießbaumwolle lagere. Die Runklederfabrik habe nur für ihr Hauptwerk in Köthig, nicht aber auch für die Brodowitzer Niederlage, die Genehmigung zur Lagerung von 4000 Kilogramm Nitro-Zellulose, dort in Köthig seien im Jahre 1920 zwei Lagerfässer errichtet worden, sie seien in die Erde eingebaut und vorchriftsmäßig ausgefüllt worden. Die Firma erbaute die Nitro-Zellulose zur Fabrikation. Es sei ihr bei der Genehmigung aufgegeben worden, die Nitro-Zellulose in 50%igem Feuchtigkeitsgehalt zu halten und nichts anderes dort zu lagern. Aus welchen Gründen die Firma dazu geschritten sei, große Mengen in Brodowitz zu lagern, sei noch nicht aufgeklärt. Ueber die Ursachen der Explosion haben sich zwei sofort hinzugekommene chemische Sachverständige (Dr. Ludwig und Dr. von Hoehe von der chemischen Fabrik von Henden-Abbeul) ausgesprochen. Aus dem Gutachten seien folgende Ausführungen hervorzuhelien: Die gewaltige Wirkung der Explosion, die starke Wauern des Gebäudes umlegte und schwere Wauerstücke bis etwa 100 Meter weit fortgeschleuderte, lasse darauf schließen, daß erhebliche Mengen der sich in der Anlage befindlichen Nitrozellulose zur Detonation gebracht worden seien. Nach Angaben der Leitung der Deutschen Runklederfabrik sei in dem in Frage kommenden Räume feuchte Nitrozellulose aufbewahrt worden, die in letzter Zeit durch Besprengen feucht gehalten wurden. Erfahrungsgemäß vermöge ein Gehalt von 30% Wasser und darüber der Nitrozellulose, welche trocken ein sehr gefährlicher, durch Schlag zur Detonation zu bringender Sprengstoff sei, die Explosionsfähigkeit zu nehmen. Wenn trotzdem das Unglück eintreten konnte, so deute dies darauf hin, daß infolge der in den vorangehenden Tagen herrschenden trockenen, heißen Witterung ein Teil des Sprengstoffes so weit getrocknet sei, daß die Sicherheitsgrenze überschritten wurde. Es sei sehr leicht möglich, daß die Nitrozellulose, die jeden Tag anwesend war, doch nicht genügend sorgfältig befeuchtet worden sei, möglich sei es auch, daß die am Sonntag vor dem Unfall herrschende Hitze einen Teil der Nitrozellulose, die vielleicht nicht in aufgeschlossenen, bündeln

Risten aufbewahrt worden sei, so weit getrocknet habe, daß sie detonationsfähig wurde. Es wurde dann ein ganz geringer Anstoß genügt haben, die Detonation auszulösen. Der Umstand, daß das Unglück zu einer Zeit erfolgte, als die mit dem Anfeuchten beauftragten Leute sich in der Fabrik befanden, lasse es als naheliegend erscheinen, daß die Tätigkeit dieser Leute der Unfall zur Explosion gewesen sei. Sei es, daß bei den Arbeiten irgend ein Gegenstand umgestoßen worden oder ein solcher einem der Leute aus der Hand gefallen sei, und daß durch einen so hervorgerufenen Stoß oder Schlag zunächst ein kleiner Teil hart getrockneter Nitrozellulose in Brand gesetzt wurde, der dann große Mengen zur Detonation brachte, sei es, daß ein Arbeiter eine Ritze geöffnet und dabei zunächst durch Reibung Teilchen trockener Nitrozellulose zur Entzündung gebracht habe. Jedenfalls könnte man, falls man annimmt, daß wirklich hochtrockene Nitrozellulose sich in dem Räume befunden hat, noch eine große Anzahl Entzündungsmöglichkeiten annehmen, ohne daran zu denken, daß vielleicht eine grobe Fahrlässigkeit der Leute, die sich doch sicher der hohen Gefährlichkeit ihrer Beschäftigung bewußt gewesen seien, vorliegt. Schließlich wäre noch Selbstentzündung, hervorgerufen durch Zerlegung nicht gut ausgewaschener, noch säurehaltiger Nitrozellulose in Erwägung zu ziehen. Alles dies könnte aber nur Vermutung sein. Ein sicheres Urteil über den wahren Grund der Katastrophe dürfte sich nie abgeben lassen, da alle die, die darüber Auskunft geben könnten, der Explosion zum Opfer gefallen seien.

Die Amtshauptmannschaft habe sich mit den beiden Nebenbeurteilenden, wie auch noch mit zwei weiteren, Professor Dr. Ventzien von der chemischen Untersuchungsanstalt der Stadt Dresden und dem spezialen Sprengstoffachverständigen Regierungs-Baurat Dr. Böttcher aus Dresden über die Maßnahmen beraten, die abgefehen von der sofort am Brandtage erfolgten und jetzt noch lauffindenden Versperung der Explosionsstätte durch Gendarmereiamte, zur Verhütung einer Wiederholung eines Unglücksfalles zu treffen seien. Es sei ihr, wie auch den Sachverständigen, von vornherein klar gewesen, daß die Nitrozellulose auf schnellstem Wege von Brodowitz und aus dem Meißner Bezirke überhaupt entfernt werden müsse. Die Amtshauptmannschaft hat sofort die entsprechenden Schritte angeordnet mit dem Ergebnis, daß sich die liefernde Fabrik in Eilenburg zur Zurücknahme der Nitrozellulose bereit erklärt habe. Mit dem Abtransport sei unter sachkundiger Leitung und Einhaltung der angeordneten Vorsichtsmaßnahmen bereits begonnen worden. Im Laufe der Woche werde der Transport beendet sein. Die Mengen werden seit der Explosion fortgesetzt in hartem Zustand gehalten. Die Amtshauptmannschaft habe weiter mit dem Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes Meißen auch sofort eine Befichtigung des Hauptwerkes der Firma in Köthig vorgenommen und auch hier zu trockene Lagerung der Nitrozellulose, zusammen mit anderen Materialien, festgestellt. Im Anschlusse an diese Befichtigung sei der Firma zur Verhütung von Unglücksfällen sofort folgendes eingeschärft bzw. neu aufgegeben worden:

1. Die Bezirke an Nitrozellulose sind unmittelbar nach ihrem jeweiligen Eingange und außerdem in 14tägigen Zwischenräumen auf ihren Feuchtigkeitsgehalt zu untersuchen. Dieser muß mindestens 50 v. H. betragen und von der Firma dauernd gewährleistet sein.

2. Die jeweilig bei der Firma eingehenden Mengen an Nitrozellulose sind der Amtshauptmannschaft bis auf weiteres anzuzeigen.

3. Die Fußböden der beiden Lagerfässer sind fugenfrei und funkenlos zu machen.

4. Das Gewerbeaufsichtsamte wird sich von der Einhaltung der gestellten Bedingungen durch regelmäßige öftere und gründliche Beaufsichtigung der Fabrik überzeugen.

Von der Amtshauptmannschaft sind ferner eingehende Befestigungen durch den chemischen Sachverständigen der Gewerbeaufsichtsamte, Professor Dr. Wähler in Freiberg, in die Wege geleitet worden. Derselbe soll in Gemeindefahrt mit dem Gewerbeaufsichtsamte sämtliche feuergefährliche Materialien bearbeitende oder herstellende Fabrikbetriebe des Bezirkes nachsehen und feststellen, welche Sicherheitsmaßnahmen etwa außer den bereits getroffenen erforderlich erscheinen. Er wird bereits am Mittwoch, den 10. August mit diesen Revisionen beginnen.

Schließlich ist auch damit zu rechnen, daß das Arbeitsministerium, dem in der Brodowitzer Sache eingehend berichtet worden ist, durch seinen reichsweiten Rat alle noch möglichen Sicherheitsmaßnahmen vorzuschlagen und das Gewerbeaufsichtsamte mit der Durchführung derselben betrauen wird. Damit dürfte alles getan sein, was nach menschlichem Ermessen möglich ist, um eine Wiederholung eines solchen tief bedauerlichen Unglücksfalles zu verhindern. Mit der Bekanntgabe dieser Maßnahmen schlug der Amtshauptmann vor, etwaige Kosten, die ihre Durchführung veranlassen, auf Bezirksmittel zu übernehmen, wenn sie aus der Staatskasse nicht gedeckt, oder auf die beteiligten Fabriken nicht umgelegt werden können.

Zur Sache sprachen zunächst aus dem Bezirksausschusse Geschäftsführer Schmidt, der erklärte, daß bei den getroffenen Maßnahmen Benutzung gefahrt werden könne und daß die augenblickliche Gefahr als beseitigt anzusehen sei. Er knüpfte daran die Hoffnung, daß die reichste Revisionstätigkeit der Aufsichtsbehörden dazu führen werde, daß Verhütung der beteiligten Fabriken gegen die polizeilichen Bestimmungen nicht mehr vorkommen werden. Gemeindevorstand Reil erkannte ebenfalls an, daß die Amtshauptmannschaft alles getan habe, was sie tun könne, bejammerte es aber als sehr bedauerlich, daß die Maßnahmen nicht schon vor Jahresfrist getroffen worden seien und berichtete, daß ihm sehr scharfe Worte der Arbeiterschaft gegen die Gewerbeaufsicht zu Ohren gekommen seien. Amtshauptmann Dr. Sievert erwiderte hierauf, daß das Gewerbeaufsichtsamte keinerlei Schuld treffe. An der Hand der Akten sei nachweisbar, daß seit dem Jahre 1917 deshalb keine Befichtigung der Brodowitzer Zellulosewarenfabrik erfolgt sei, weil die Anlage wiederholt als stillgelegt gemeldet worden sei. Das Gewerbeaufsichtsamte habe auch auf andere Weise keine Kenntnisse von der Lagerung der Nitro-Zellulose erhalten. Die Direktion der Fabrik habe zwar gelegentlich gesprächsweise zugehört, daß sie beabsichtige, in der stillgelegten Fabrik später die Vorbereitungsarbeiten für den künftigen Hauptbetrieb vorzunehmen. Etwas weiteres habe die Firma nicht geäußert. Eine Anfrage bei dem auf dem Grundstück der Zellulosewarenfabrik wohnenden Hausmeister am 3. März und am 10. Mai 1920 habe nur ergeben, daß der Betrieb in Brodowitz noch ruhe und daß er erst später wieder aufgenommen werden solle. Aus diesem Grunde lag keinerlei Veranlassung zu einer Befichtigung vor. Den Rötter Hauptbetrieb habe das Gewerbeaufsichtsamte wiederholt revidiert. Auch Geschäftsführer Schmidt war der Meinung, daß, wenn eine Schuld vorliege, sie nur die Firma treffen könne. Geschäftsführer Repte hält es für zweckmäßig, daß von jeder Revision des Gewerbeaufsichtsamtes der Betriebsrat der betr. Fabrik rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werde. Nachdem nach Landtagsabgeordneter Schreiber es für zweckmäßig erklärte, daß die Arbeiterschaft, die mit gefährlichen Stoffen umzugehen habe, vom Gewerbeaufsichtsamte auf die Gefährlichkeit des Materials jedesmal hingewiesen werde, schloß die Aussprache, und der Bezirksausschuss beschloß einstimmig nach dem Beschlusse des Amtshauptmanns.

Zur Linderung der Not der oberfähleischen Flüchtlinge werden große Mittel benötigt. Während der Staat die amtliche Fürsorge der aus Oberschlesien vertriebenen Deutschen übernommen hat, führen die Verbände heimattreuer Oberschlesier die ergänzende Fürsorge aus. Diese privaten Vereinigungen bedürfen noch größerer Mittel und richten an alle die herzliche Bitte um Uebernahme von Geldspenden. Dieser Bitte verschloß sich auch die Bezirksvertretung nicht und bewilligte auf Vorschlag des Amtshauptmanns Dr. Sievert der Oberschlesierhilfe 1000 Mark.

Um Unterstützung aus Bezirksmitteln war auch der Verschönerungsverein in Coschbunde und Umgegend bei der Amtshauptmannschaft Meißen vorstellig geworden. Er weist darauf hin, daß er im Bezirke der Amtshauptmannschaft, und zwar im Tännichtgrunde, für Niederwirtha, Verbesserungen an Wegen und Wegeüberführungen (Errichtung von Wegeleitläulen und Instandhaltung der Rahebänke) plane. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns bewilligte der Bezirksausschuss 500 Mark aus dem für Wegebauunterstützungen zur Verfügung stehenden Geldern unter der Bedingung, daß der zukünftige Amtsstraßenmeister die Arbeiten nach ihrer Ausführung für gut befände und die Höhe der Kosten bestimme.

Nachdem die Gemeinden Brodowitz und Sornowitz die kostenfreie Totenbestattung eingeführt haben, hat der Gemeinderat zu Niederbau den Antrag gestellt, die Einführung der kostenlosen Totenbestattung für den ganzen Bezirk in Erwägung zu ziehen und eine Entschädigung des Bezirksauschusses über diesen Antrag herbeizuführen. Die Vorberörterungen in dieser Sache hatten ergeben, daß die Ansichten der Gemeinden (Erfahrungen liegen noch nicht vor), die die Einführung der kostenlosen Bestattung beschloßen haben, über den jährlichen Kostenaufwand auseinandergehen. Immerhin sind für eine Bestattung 6—800 M. Kosten zu rechnen. Da im Bezirke etwa 2000 Todesfälle durchschnittlich jährlich zu verzeichnen sind, lassen sich die Kosten einigermaßen übersehen. Sie würden über 1½ Millionen Mark, also eine Summe betragen, die der Bezirk unmöglich übernehmen kann. Die Durchführung des Antrages des Gemeinderates zu Niederbau scheitert also bereits an der Kostenfrage, und es kam im übrigen unedertzt bleiben, ob die Einführung der kostenlosen Totenbestattung bei dem größeren Teile des Bezirkes nicht auch aus anderen Gründen auf Widerstand stoßen würde. Der Bezirksausschuss schloß sich den Ausführungen des Amtshauptmanns Dr. Sievert an und lehnte den Antrag des Gemeinderates zu Niederbau mit Rücksicht auf die Kostenfrage ab.

Auf Vorschlag des Reg.-Rats Berger genehmigte der Bezirksausschuss hierauf eine ordnungsmäßige Bestimmung der Gemeinde Föhersgasse über die Einführung einer Lastkraftwagensteuer.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung betraf die Gewährung einer besonderen Beihilfe an langfristige Erwerbslose. Der Reichstag hatte in der Sitzung vom 2. Juni 1921 im Einvernehmen mit der Reichsregierung beschloßen, allen Gemeinden des Reiches für die einzigen Erwerbslosen, deren Erwerbslosigkeit am 1. Juli 1921 länger als 26 Wochen andauert hat, eine besondere gelbliche Beihilfe zu gewähren, die es den Gemeinden ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen. Die Zahl der langfristigen Erwerbslosen im hiesigen Bezirke einschließlich der rez. Städte beträgt annähernd 100. Ihnen soll nach dem vom Arbeitsministerium herausgegebenen Richtlinien eine Beihilfe, nach der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit und der Größe ihrer Familie gestaffelt, aus Reichs- und Staatsmitteln gewährt werden, sofern die Gemeinden ihrerseits nach Höhe des Gemeindeanteiles dazu beitragen. Da der Bezirk bereits ¼ des Gemeindeanteiles an der laufenden Erwerbslosenfürsorge trägt, wurde auf Vorschlag des Referenten, Reg.-Rat Dr. Müller, beschloßen, ¼ der Kosten des Gemeindeanteiles, also etwa 7500 Mark, auf Bezirksmittel zu übernehmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Beihilfen nicht wie früher in Geld, sondern in Lebensmitteln, Kleidungsgegenständen, Schuhwerk oder auch Holz und Kohlen gewährt werden. Landtagsabgeordneter Schreiber trat bei dieser Gelegenheit für die Unterstutzung der Kleinrentner ein. Amtshauptmann Dr. Sievert bemerkte hierzu, daß die Amtshauptmannschaft es schon immer als ihre Pflicht angesehen habe, der großen Not der kleinen Rentner, soweit es in ihren Kräften liege, zu steuern. Sie habe von Zeit zu Zeit gewisse Nahrungsmittel und auch andere Gegenstände des täglichen Bedarfs, welche der Kommunalverband selbst verteilt habe, an die Erwerbslosen und Kleinrentner (Invaliden, Unfall- und Altersrentner) zu verbilligten Preisen abgegeben. Bei der großen Zahl der im Meißner Bezirke vorhandenen Kleinrentner (etwa 3000) würde eine laufende geldliche Unterstutzung in irgendeiner weiser Weise die Finanzkraft des Bezirkes übersteigen. Gemeindevorstand Glöckner in Weinböhla wies darauf hin, daß eine Erhöhung der Renten von Reichs wegen bereits beschloßen sei und daß er die Gewährung von Zuschüssen zu den Reichsleistungen aus Bezirksmitteln zur Erwägung stelle. Der Bezirksausschuss nahm von diesem Vorschlage zumündend Kenntnis und wird nach über seine finanzielle Wirkung beraten.

Dem Fleischermeister und Viehhändler Fichtner in Sornowitz wurde zur Errichtung einer Schlachthausanlage für Groß- und Kleinvieh in seinem Grundstücke Ortst. Nr. 163 in Sornowitz auf Vorschlag des Referenten Rötter Genehmigung erteilt. — Die Gemeinden Gageritz, Constanpel, Hartha, Buntowitz und Wilsberg, sowie der selbständige Gutsbezirk Gaueritz haben sich zu einem Gemeindefürsorgeverband (Gemeindevorstand) zur Anstellung einer bedürftlich geprüften Gemeindefürsorge mit dem Sitze in Gaueritz zusammengeschloßen. Die Satzungen dieses Gemeindevorstandes wurden auf Vorschlag des Direktors Schausch einstimmig genehmigt. — Ein bau-rechtliches Ortsgesetz über die Befestigung der Wälderanlagen in der Gemeinde Quackenberg Nr. 1 in Quackenberg führten festgelegt, aber das Flurstück Nr. 1 in Quackenberg führten Straßen L. B. C. D. wurde auf Vorschlag des Referenten Reg.-Rat Berger genehmigt. Zum Schlusse berichtete derselbe Referent über ein Gesuch des Baumeisters Böhm in Coswig um Gewährung von Baukostenzuschüssen aus Bezirksmitteln zur Errichtung von Einfamilienwohnhäusern weils Behebung der Wohnungsnot. Die Baukostenzuschüsse seien zunächst nur als Vorläufe gedacht, bis das Reich oder der Staat die Baukostenzuschüsse übernehmen würde. Da für dieses Jahr die staatlichen Baukostenzuschüsse aufgebraucht seien, rufe er die Hilfe des Bezirkes an. Der Referent hielt eine vorläufige Unterstutzung des Siedlungsplanes aus Bezirksmitteln solange nicht für zulässig, solange nicht vom Arbeitsministerium die bindende Erklärung vorliege, daß das Bezirksdarlehen vom Staate auf die nächsten Jahre auszuwerfenden Baukostenzuschüsse übernommen werden. Diese Vorsticht sei um so mehr am Platze, als der Staat zur Errichtung von Einfamilienwohnhäusern erfahrungsgemäß Baukostenzuschüsse nicht bewilligt. Gemeindevorstand Glöckner trat dafür ein, daß das Anbringen des Bauwerbers zunächst noch näher geprüft werden möchte, er sei der Unterstutzung des Vorhabens durch ein Darlehen aus Bezirksmitteln nicht abgeneigt, da es auch im Interesse des Bezirkes liege, das Siedlungswesen zu fördern und der Wohnungsnot der Gemeinden zu steuern. Nachdem sich auch der Amtshauptmann für die Anzeigung ausgesprochen hatte, beschloß der Bezirksausschuss zur weiteren Beratung der Angelegenheit einen Ausschuss, bestehend aus dem Amtshauptmann oder seinem Vertreter, Gemeindevorstand Glöckner und Gemeindevorstand Reil einzusetzen.

Der öffentlichen folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Kapitalverkehrs- und Umsatzsteuer.

Einzelheiten aus den neuen Entwürfen.

Aber den Inhalt der Entwürfe zum Kapitalverkehrssteuergesetz und zum Umsatzsteuergesetz wissen Berliner Blätter eine Reihe Einzelheiten mitzuteilen, die über die amtlichen Bekanntmachungen hinausgehen. Daraus sei folgendes hervorgehoben:

Bei der Gesellschaftsteuer bleiben steuerfrei: Gesellschaften unter Beteiligung des Reiches, eines Landes, einer Gemeinde, wenn Verkehrs- und Siedlungszwecke Gegenstand des Unternehmens sind, ferner gemeinnützige Gesellschaften, Krankenanstalten, Berufsvereinigungen mit geschlicher Beitrittspflicht, die Fortsetzung einer Erwerbsgesellschaft mit Erben eines Gesellschafters, die Überlassung der Rechte an Erwerbsgesellschaften, an Abkömmlinge, Eltern usw. des Überlassenden. Bei G. m. b. H., falls ihr Stammkapital 50 000 Mark nicht übersteigt, gilt ein Steuerertrag von nur 3 Prozent. In Fortfall kommen die bisher den Gewerkschaften gegenüber den G. m. b. H. eingeräumten Vergünstigungen (für jeden Kurschein nur ein Stempel von 5 Mark, Steuerfreiheit der zur Deckung von Betriebsverlusten dienenden Zinsen). Auch die Kolonialgesellschaften werden den G. m. b. H. gleichgestellt, dagegen sind die Begünstigungen der Reichsbank aufrechterhalten.

Die Wertpapiersteuer beträgt für je 100 Mark des Nennbetrages bei inländischen Pfandbriefen, Gemeinde- und Eisenbahnanleihen 0,50 Mark (wie bisher), für Schuldverschreibungen ausländischer Staaten und Gemeinden 2 Mark, für ausländische Aktien, Anze und Genussscheine 7 Mark. Die in ausländischer Währung ausgedrückten Beträge werden nach den für den Wechselkurs geltenden Vorschriften jeweils umgerechnet.

Der Entwurf der Börsenumsatzsteuer unterscheidet Händler-, Kunden- und Privatgeschäfte. Die Steuer beträgt, in der Reihenfolge dieser Geschäfte, für je 1000 Mark: bei Kausanleihen des Reiches 10, 20 und 50 Pfennig, bei den übrigen Schuldverschreibungen und denen der Länder 20 Pfennig, 40 Pfennig und 1 Mark, bei Anleihen der Gemeinden, bei Grundrenten- und Hypothekendarlehen usw. 30 Pfennig, 60 Pfennig und 1,50 Mark, bei Aktien in- und ausländ. Gesellschaften, Anteilen, Genussscheinen und Bezugsrechten 1 Mark 6 Pfennig, 12 Mark, bei ausländ. Banknoten usw. 20 Pfennig 2 Mark, 5 Mark, bei ausländ. Zahlungsmitteln 10 Pfennig, 1 Mark, 2,50 Mark, bei Waren 40, 40 und 40 Pfennig. Die Reichsregierung kann Ermäßigungen eintreten lassen.

Der Gewerbesteuerentwurf unterliegt in der Hauptsache: Veränderung des Zubehörs von Grundstücken, Veränderung gewerblicher Schulpflicht und ganzer Geschäfte. Die Steuer beträgt 4 Prozent des Wertes des Gegenstandes zur Zeit der Entstehung der Steuerpflicht und ist höher als die allgemeine Umsatzsteuer festgesetzt.

Nach der Ertragsberechnung werden Mehrerträge erwartet: aus der Gesellschaftsteuer rund 162 Millionen, Wertpapiersteuer 68 Millionen, Börsenumsatzsteuer 532 Millionen, Gewerbesteuer 119 Millionen, insgesamt 861,4 Millionen.

Das neue Umsatzsteuergesetz

läßt die Einfuhr wie bisher steuerfrei, beseitigt die bisherige Befreiung aller erzielten Umsätze nach der Einfuhr und unterwirft auch die Einfuhr in das Ausland der Steuer, ausgenommen diejenigen Lieferungen, die nicht der Fabrikant selbst ins Ausland vornimmt, sondern die durch den Ausführhändler (Exporteur) erfolgen. Das bisherige Vergütungssteuersystem wird nur aufrechterhalten, soweit es sich um Luxusgegenstände handelt; verdrängt wird der Unterschied zwischen der allgemeinen Umsatz- und der Luxussteuer. Durch diese Neuerungen sollen 170 Milliarden Umsätze mehr erzielt werden. Vorgesehen ist eine Erweiterung der jetzt auf Fertigfabrikate beschränkten Luxussteuerliste durch Einbeziehung von Halberzeugnissen. Der Gesamtertrag der neuen Umsatzsteuer wird auf rund 25 Milliarden Mark im Höchstfalle bei 825 Milliarden Gesamtumsätzen veranschlagt.

Das neue Hausgehilfengesetz.

Arbeitszeit. — Gehalt. — Kündigung.

Der mehrfach umgearbeitete Entwurf eines Hausgehilfengesetzes bezieht sich auf alle Arten von Hausgehilfen, in Stadt und Land, in Wohnung, Geschäft und Beruf. Gewerbeordnung und Landarbeiterverordnung müßten

die Grundlage bilden. Auch die Bestimmungen über Kinderarbeit müßten zweckmäßig ausgebaut werden. Ein völliges Verbot der Kinderarbeit, das aus familiären und anderen Gründen zu empfehlen wäre, ließ sich nicht durchführen. Ausbeutungsabsichten sollen durch Kontrollorgane verhindert werden. Die Eigenart der Hausarbeit ließ es nicht zu, einen Normalarbeitstag von acht Stunden einzuführen, vorgelesen ist eine

Arbeitsbereitschaft von 13 Stunden.

2 Stunden müssen als Pause für alle Tagesmahlzeiten liegen, bei Jugendlichen unter 18 Jahren währt die Pause 3 Stunden täglich. Bei den Hausgehilfen wird danach zu streben sein, daß ihnen ein Grundgehalt gezahlt wird und Wohnung und Kost hierauf anzurechnen sind, oder daß neben Wohnung und Kost, die jetzt bei allen Arbeitern den größten Teil des Einkommens aufzehren, ein Ausgleichgehalt für andere Bedürfnisse gewährt wird. Urlaub soll im Jahre acht Tage gewährt werden, dieser Mindesturlaub darf vom Lohne nicht abgezogen werden, auch ist Kostgeld für den Urlaub zu gewähren. Die Vorschriften über Kündigung und Schadenersatzpflicht waren heiß umstritten, die Kündigungsgründe sind vermehrt worden, Streit und unbilliger Lebenswandel sind fristloser Kündigungsgrund. Es ist zu beachten, daß diese Grundzüge des Entwurfs noch nicht die endgültige Form des Gesetzes darstellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Erfüllung des Ultimatum.

Die Zahlung von einer Milliarde Goldmark für Ende August hat, wie dem Vorwärts geschrieben wird, der Regierung zwar schwere Sorge bereitet, aber es besteht begründete Hoffnung, die Zahlung einhalten zu können. Große Wertschwankungen seien auf die Zahlungsverpflichtung Deutschlands hin gemacht worden und haben deren Einhaltung nicht unwesentlich erschwert. Auch die übrigen aus dem Ultimatum von London entspringenden Verpflichtungen sind, wie aus der gleichen Quelle verlautet, in ihrer Erfüllung sehr weit fortgeschritten. Das ganze Reparationsproblem habe in den letzten Monaten eine wesentliche Förderung erfahren, hänge aber naturgemäß von dem Ergebnis der neuen Steuern ab.

Die Gegenfrage im Kabinett.

Die Beratung der neuen Steuerentwürfe hat bekanntlich einen Gegensatz zwischen dem Reichkanzler und der Mehrheit des Kabinetts einerseits und dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schmidt andererseits ergeben. Dieser Gegensatz äußert sich in scharfer Debatte durch eine Äußerung des Vorwärts zu den neuen Steuerplänen. Das Blatt sagt u. a.: „Die Regierung täuscht sich selbst, wenn sie glaubt, daß mit der ‚Veredelung‘ der Körperschaftsteuer, mit Zwangsansetzen vom Produktionskapital und mit ähnlichen Notbehelfen ernsthaft etwas zum Wiederaufbau geleistet werden kann. Wir fürchten immer mehr, daß hinter dem Optimismus der Mehrheit des Reichskabinetts der Glaube steckt, daß die sogenannten indirekten Steuern erheblich höhere Erträge abwerfen werden, als bis jetzt errechnet worden ist. Solche Wege kann die Sozialdemokratie nicht mitgehen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.“ Damit ist eine klare Drohung ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten entweder eine Änderung der Steuerpläne im Sinne Schmidts oder eine Änderung in der Zusammensetzung der Regierung erzwingen wollen.

Ungarn.

X Der Friede mit Amerika. Die ungarische Regierung erhielt eine Note der amerikanischen Regierung, die den Beschluß des Kongresses vom 1. Juli 1921 über den Friedensschluß mit Ungarn enthält. Die Note erklärt gleich-

zeitig, daß falls Ungarn die im Beschluß niedergelegten Grundzüge annehme, Verhandlungen zwischen den beiden Staaten unverzüglich eingeleitet werden können.

Großbritannien.

X Friedenserklärung. Aus London wird gemeldet: In der Sitzung des Geheimen Rates stimmte der König einem auf den Zeitpunkt der offiziellen Beendigung des letzten Krieges bezüglichen Kabinettsbeschlusse zu. Hiernach gilt der 31. August mitternacht als offizieller Zeitpunkt der Beendigung des Krieges. Der Beschluß soll allgemeine Anwendung finden, wobei nur das Osmanische Reich ausgenommen wird.

Zeitbilder.

Neue Steuern.

Um die Lust zum Weiterleben — kräftig in uns anzufeuern, — präsentiert man wieder einmal — uns ein neues Bündel Steuern, — Steuern, die mit weißer Vorhaut — man auf alles das gelegt, — was der Mensch im Erdenbausein — meistens zu gebrauchen pflegt, — Kaffee, Tee und Schokolade, — Tabak selbstverständlich auch. — Denn Genüsse zu bereiten, — war von je Regierungsbrauch. — Wer genießen will, soll zahlen, — lautet der Regierungspruch; — dabei zahlen wir allmählich — wirklich doch schon längst genug. — Daß der Zucker und die Kohlen — wieder man uns neu besteuert — und uns diese beiden Dinge — dadurch abermals verteuert — ist besonders zu bedauern. — Uns erscheint auf jeden Fall — Zucker- und auch Kohlensteuer — alles andre als sozial. — Auf dem Turf, beim Pferderennen — ist dafür für alle Zeit — vom Verbote, Bau zu machen, — jeder künftig jezt befreit; — nur: er muß auch das versteuern, — was er dann an Dir verdient. — Durch das Zahlen an den Fiskus — wird die Amoral geföhnt. — Was der Mensch in harter Arbeit — sich erstont an Wochentagen, — darf er künftig, wenn er dumm ist, — ruhig auf die Rennbahn tragen, — kann der Spielwut ruhig fröhnen, — bis das Letzte flöten ging, — denn sobald man das versteuert, — ja, dann ist's ein ander Ding! — Ach, wie haben wir's allmählich — doch in Deutschland weit gebracht! — Keiner würde sich mehr wundern, — wenn vielleicht man über Nacht — uns mit dem Gezehe deglüdt, — daß sogar der Ehebruch — uns gestattet, wenn man künftig — ihn versteuert hoch genug.

— Winte und Katschläge. In der jetzigen Zeit, wo die Kohlen so teuer, wo die Wohnungsnot so groß, daß viele Hausfrauen genötigt sind, ihre Wäsche auf dem Küchenherd zu kochen, ist das Wiedererschleichen von Persil mit Freunden zu begrüßen. Persil, das von der Firma Henkel u. Cie. in Düsseldorf hergestellte selbsttätige Waschmittel von gerabezu enormer Wasch- und Bleichkraft, macht den ganzen Waschprozeß mühelos und gestaltet ihn gewissermaßen zu einem Vergnügen. Bei Anwendung von Persil ist kein Waschbrett, kein Reiben und Bürsten erforderlich, es genügt vielmehr ein einmaliges einviertel- bis halbstündiges Kochen und die schmutzige Wäsche erscheint wie neu, indem sie gleichzeitig den frischen Geruch der Rosenbleiche ausströmt. Gerade diese zauberhafte Wirkung läßt, weil scheinbar unerklärlich, manche vorsichtige Hausfrau befürchten, daß in Persil schädliche oder ätzende Stoffe enthalten seien, die nicht gut für die Wäsche sind. Und doch befinden sie sich dabei im Irrtum, da viele tausende Haus- und Waschtinnen, die ebenjodachten, nach fortgesetzten Versuchen sich nicht allein von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt haben, sondern zu der Einsicht gelangt sind, daß Persil die Wäsche sogar schon, weil es jeden Schmutz spielend löst, ohne die Faser oder das Gewebe in geringsten anzugreifen. Persil enthält trotz seiner überraschenden Wirkung keinerlei Chlor oder Chlorverbindungen, so daß die Faser für keine absolute Unschädlichkeit bei sachgemäßer Verwendung volle Garantie leistet, so daß niemand zögern sollte, sich dieses idealen Waschmittels, das wieder in altbewährter Friedensware zu haben ist, zu bedienen.

17 Das Tor des Lebens.

Roman von Anny Wothe.

Copyright 1910 by Anny Wothe, Leipzig.

„Donnerwetter! Wo sind denn meine Stiefeln? Frau Ruhe, Frau Ruhe! Freundliche Hüterin dieser verdammten Dube, wo stecken Sie denn? Glauben Sie, daß ich heute, am Einigungsfest der Fridunia, Hyter helfenden Feenhande nicht bedarf? Zum Donnerwetter, nun mal 'n bißchen Trabl!“

„Grundgütiger! Wollen Sie mich denn umbringen, Herr Doktor, tief händeringend die kleine, rundliche Birnin des Studenten der Rechte Eibo von Eichenbach, dessen Stimme vom Sofa her weit durch das Haus schallte. „Wenn Sie sich den Kopp voll anderer Sachen hätten, dann würden Sie ja wohl auch die Stiefeln gesehen haben. Lang genug sind sie ja, und propper, wirklich propper.“

Ihr zärtlicher Blick weilte auf den langen, glänzenden Kanonenschießeln, die sie pustend unter dem umgefrempten Teppich und einem Haufen übereinander getürmter Decken und Kissen hervorgehacht hatte.

„Also die Biesler sind da,“ nickte Eibo, sich schlaftrunken die Augen reibend und seine junge, kräftige Gestalt behaglich bedahnend. „Na, es ist ja kein Wunder, daß man seine Sachen nicht finden kann. Wie in Sobom und Gomorra steht's hier aus. Wo steht denn die Zilla hospitalis? Ist das eine Art, mich heute so im Stiche zu lassen?“

„Meine Tochter hat mehr zu tun, als den ganzen Tag Ihre Sachen nachzuräumen. Sie will doch auch etwas vom Festzug leben, und da ist sie fort.“

„Das steht dem Rader ähnlich. Na warte. Sie sollten mir etwas Zitronenwasser machen, Frau Ruhe,“ lenkte er ein. „Einen Brummischädel habe ich, zum Verzweifeln.“

„Das kommt vom Frühshoppen, Herr Doktor, das lenne ich. Mein Mann ist doch nicht umsonst zwanzig Jahre lang Couleurbliener von der Fridunia gewesen. Sie sollten man den Kopp en bißchen unter die Wasserleitung halten, denn wenn der Herr Papa Ihnen so leben tut —“

„Mein Alter, Donnerwetter, den hatte ich so ganz vergessen. Räumen Sie auf, Frau Ruhe, räumen Sie auf. Sonst fällt mir der Alte noch hier in den Kladderadatsch. Zum Verdrähtwerden ist die ganze Geschichte.“

„Ach was,“ rief resolut Frau Ruhe, mit geschäftigen Händen in dem Chaos durcheinander gerückter Möbel, Bierflaschen, Pfeifen und Prunkgeräthe herumhantierend. „Kommen Sie man erst zu sich. Das macht das ewige Bummeln. Mein seliger Mann sagte immer —“

„Lassen Sie gefälligst Ihren Seligen seine Weisheit für

sich behalten,“ fuhr der junge Mufenjohn sie an, sich schwerfällig von dem Sofa erhebend und den dunkelblonden Krauslopf energisch in die Wäsche schüssel tauchend. „War niemand hier?“

„Ja doch, mein Gott, 'ne ganze Menge. Vier Mann haben vorhin hier gefrühstückt und Ihre teuren Zigaretten geraucht und den ganzen guten, süßen Likör ausgetrunken!“

„So? Woher wissen Sie denn, daß er süß ist, Frau Ruhe?“

Die kleine, dicke Frau wurde hochrot.

„Ja, ich werde doch wohl noch süßen von bitterem Likör unterscheiden können. Einen Rabau haben die Herren Kommilitonen gemacht, nicht auszuhalten, und als die Zigaretten und der Likör alle waren, da sind sie singend davongezogen.“

„Bandel!“ lachte Eibo auf, und ein liebenswürdiges Lächeln verhönte seine bis dahin mißvergnügten Züge mit den dunklen, tief über der Nase zusammengewachsenen Brauen, mittels zweier Bürsten bearbeitend.

„Noch wer?“ fragte Eibo weiter, seine kurzen Locken kräftig Frau Ruhe zögerte einen Augenblick, dann sagte sie mit abgewandtem Gesicht:

„Die Fränze war auch da.“

Wie Erschreden slog es über Sibos Antlitz.

„Habe ich Ihnen nicht verboten, die Person hier hereinzulassen?“

„Person! Die Fränze ist keine Person, sondern ein ganz anständiges Mädchen. Freilich, wer nicht hören will, muß fühlen. Hundertmal habe ich ihr gesagt: ‚Fränze,‘ habe ich gesagt —“

„Halten Sie doch gefälligst Ihren Rand, das interessiert mich gar nicht. Was wollte denn das Mädchen hier?“

„Sie sprechen, Herr Doktor, ja wohl. Warten wollte sie, bis an den jüngsten Tag. Den Mund habe ich mir süßlich geredet, bis sie endlich ging. Aber die kommt wieder, Herr Doktor, die kommt wieder.“

„Lassen Sie gefälligst mal den ‚Doktor‘. Ich bin kein Doktor, wie oft soll ich Ihnen denn das noch sagen! Und wenn die Fränze wiederkommt, dann machen Sie ihr man begreiflich, daß ich in den Festtagen keine Zeit hätte, und vor allem sagen Sie ihr, daß mein alter Herr gekommen ist und ich Familie simpeln muß, verstanden?“

„Ja wohl, Herr Doktor, werd's austreten. Mein Gott, wie schön Sie aussehen!“ rief Frau Ruhe, behusam mit der Bürste über die schwarze Samtpelzschle Sibos fahrend, „Ist wie ein Prinz! So, nu noch die Schärpe. Blauweißgold! Ach Gott, die Farben! Mein Seliger war noch immer ganz weg davon. Sieht das Barett! Die Federn sind prächtvoll. Meine Lene meint: furchtbar kostbar. Na, und die versteht's. Ree, was ist doch das für ein herrliches Fest! Das ganze Göttingen ist wie befohen.“

Erschreden schlug sie sich mit der Hand auf den Mund.

„Entschuldigend Sie man, Herr Doktor. Mir läuft eben das Herz über.“

Eibo hörte gar nicht mehr auf die Redselige. Eine tiefe Falte grub sich in seine junge, leichtsinnige Stirn, und langsam die Stulphanfchube über die fehnigen, aristokratischen Hände streifend, murmelte er vor sich hin:

„Sie wird gefählich, die Fränze, gefählicher, als ich gedacht.“

„Bist Du fertig, Eibo?“ fragte eine weiche, tiefe Stimme von der Tür her, und ein Student mit weißem Stürmer steckte seinen Kopf zur Studentür hinein. „Es ist wirklich die höchste Zeit.“

„Bitte, komm doch herein, Koll, ich bin gleich so weit.“

Eine nicht mißzuverstehende Handbewegung zeigte Frau Ruhe, daß ihre Gegenwart sehr überflüssig geworden.

Seufzend nahm sie die noch herumliegenden Kleidungsstücke zusammen und verschwand, nicht ohne einen letzten zärtlichen Blick auf ihren Mieter, der so in vollem Wißs doch gar zu herrlich für sie anzusehen war, zu werfen.

Der lange, schmalbrüstige Student mit dem dunklen, glattgeschneitelten Haar, dem kleinen, schwarzen Schnurrbart und den ersten, grauen Augen, der jetzt vor Eibo stand, das bunte Band über der Brust, blidte bestremdet auf den Freund, dessen Antlitz trotz der Festkleidung so finster gefaltet war.

„Hast Du Verdrub gehabt, Eibo?“

„Verdrub? Es gibt überhaupt gar keine Worte für den Aerger. Bist Du glauben, daß mein Alter ernstlich verlangt, ich solle im übernächsten Semester ins Examen steigen und zum nächsten Semester Göttingen verlassen? Hier diesen herrlichen Mufenwinkel, wo sich mir soeben erst die goldenen Tore des Lebens aufgetan haben. Mein Alter ist komplett verrückt. Fast möchte ich glauben, er hat gestern gesehen, wie ich meine schöne Rusine Heirike Gehrmann in der Fieberlaube geküßt habe. Ich bitte Dich, Heirike, so'n herrliches Mädchen. Er könnte doch lachen, wenn die mich nähme.“

Die grauen Augen Koll Vandeners, des Leibburschen Sibos, sprühten zornig auf.

„Ich hoffe, daß Du nicht auch Dein Spiel mit Heirike Gehrmann treibst wie mit den anderen allen. Sie ist zu gut für Dich, lieber Leibbursch.“

Eibo lachte, ein siegestrobes, übermütiges Lachen.

„Frage die Liebe, wohin sie fliegt, Frage die Hoffnung, wo Eden liegt.“

Als ob wir dazu etwas tun können, wenn die Liebe über uns kommt. Weißt Du, Koll, es ist wie ein Rausch, wie ein ewiges, unerlöschliches Nehmen und Geben. Wer fragt da noch nach Recht, nach Pflicht?“

(Fortsetzung folgt.)

Zahn-Praxis
 Ernst Hartmann
 Stadt Dresden
 Freiburger Strasse.
 Sprechzeit: täglich 9—12 und 1—6 Uhr

Lindenschlößchen.
 Sonntag den 14. August von nachmittags 4 Uhr an
fideler Schützen-Ball
 veranstaltet vom Spar- und Schießverein
 „Freischütz“, Braunsdorf.
 Hierzu laden freundlichst ein
 Der Vorstand und Ernst Horn.

Schützenhaus Wilsdruff.
 Sonntag den 14. August von nachm. 4 Uhr an
feine Ballmusik.
 Hierzu laden freundlichst ein Georg Bienzeister u. Frau.
 ff. Bohnenkaffee und Kuchen.

Gasthof Klipphausen.
 Sonntag den 14. August
Großer Ballbetrieb
 Anfang 4 Uhr.
 Hierzu laden freundlichst ein Otto Schöne und Frau.

Gasthof Sora.
 Sonntag den 14. August
**Großes Schweinsprämien-
 Vogelschießen mit Ballmusik**
 von der Stadtkapelle.
 Hierzu laden freundlichst ein Max Hausold und Frau.

Tanz-Unterricht.
 Auf vielseitigen Wunsch beginnt
 Mittwoch den 7. September abends 8 Uhr
 ein vornehmer Anfänger-Kursus in alten u. mod. Tänzen im
Gasthof zur Krone, Kesselsdorf.
 Wertgeschätzte Damen und Herren werden höflichst gebeten,
 zur angelegten Zeit pünktlich zu erscheinen.
 Der Saal ist neu renoviert!
 Hochachtungsvoll
 Ernst Böhlig, Tanzlehrer, Deuben,
 Wehrstraße 9.

Sport-Verlag
„Form und Klasse“
 Joh. H. P. Sandorf, Berlin
 verdoppelt Ihr Kapital in 2 Monaten
 (7 Wochen) 500=1000 Mk., 1000=2000 Mk.,
 5000=10000 Mk., 20000=40000 Mk. abzgl. 5% Spesen.
 Einzahlungen nimmt jederzeit entgegen
 Arthur Fuchs, Wilsdruff, Markt 8.
 N.B. Garantiere Ihre Einlagekapital bei Gewinn-
 betheiligung.

Bruno Ehrlich, Deuben-Dresden
 Fernruf 74
Roschschlächterei u. Pferdegeschäft
Restaurant und Speisehaus „Zum müden Rosch“
 Bei vorkommenden Roschschlachtungen bin ich mit meinem
 neuen Transportautomobil schnellstens zur Stelle.

Beste Kapitalsanlage!
Achtung! 100 Prozent Achtung!
Dividende!

Wollen Sie Ihr Kapital in 2 Monaten verdoppeln, dann zahlen Sie
 dasselbe bei dem Klante-Konzern ein. Einzahlungen jeden
 30. bis 3. und jeden 14. bis 17. von 3 bis 8 Uhr im „Gasthof
 Lommahsch“ in Oberhermsdorf.
 Oscar Lunze, Dresden-A. 5, Schäferstr. 45.

Atlantic-Konzern
 in 6 Wochen 100 Prozent Dividende.

NB. Da ein Rennfallbesitzer sich mit mehreren Millionen an dem Unternehmen
 des Atlantic-Konzern beteiligt hat, ist derselbe in der Lage, noch weiterhin größere
 Zahlungen entgegenzunehmen.
 Das Finanzamt hat dem Atlantic-Konzern keine Gelder beschlagnahmt und sind so-
 mit die Auszahlungen nicht gefährdet.
 Ein- und Auszahlungen bei
Adolf Kuhr, Wilsdruff, Bismarckstr. 35.
 Vertreter des Atlantic-Konzern.

Die besten und bekömmlichsten
Erfrischungsgetränke

 ausgemessen und in Flaschen empfiehlt höchst
Max Berger, vormals Th. Goerne.

Neue Elektro-Motore
 für Gröbna und Wilsdruff, erstklassige Fabrikate
 sowie einige gebrauchte 1 1/2,
 3, 5, 7 1/2, 10, 15, 20, 25 PS
 sofort lieferbar.
 Elektrische Anlagen
 sofort und preiswert.

Ferd. Zotter, Wilsdruff,
 Fernruf 542 Elektro-Installationsmstr. Fernruf 542

Kurt Siering, Potschappel
 Tharandter Strasse Nr. 25
 Roschschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft
 Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151
 Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

**Ostfriesischer Zucht- und
 Milchvieh-Verkauf.**

Wir sind heute mit einem
 frischen Transport hoch-
 tragender u. frischgelalteter
Herdbuch-Kühe
 angetroffen und stellen die-
 selben von morgen ab in
 unseren Ställen preiswert zum Verkauf. — Schlacht-
 vieh wird mit in Zahlung genommen.
Gebr. Ferch, Kesselsdorf.

**Prima schlesischer
 Weißstückerkalk**
 frisch eingetroffen bei
 Emil Ruppert.

**Khaki- und
 Zeltbahn-
 Sommerjoppen**
 Feldgraue Hosen,
 Röcke, Mäntel, Anzüge
 Arbeitsjoppen, gestreifte
 Hosen empfiehlt

Triebe, Meissen
 Badegasse 2.
 Zweites Geschäft
 Roßwein,
 Poststraße 15.

**Gebrauchte
 Herrenräder,**
 gut vorgerichtet, mit Tor-
 pedo-Freilauf und prima
 Gummi verkauft billig
Arthur Schulze,
 Ankersdorf,
 mech. Werkstatt.
 Fachgemäße Ausführung
 sämtlicher Reparaturen. Er-
 sagteile und Zubehör.

**Billigen
 Rauch-Tabak!**
 rein überseeische Tabakrippen,
 kerngesund, zum billigen Preise
 von 8 Mark das Pfund hat
 abzugeben

**Zigarrenfabrik
 Otto Richter**
 Wilsdruff,
 Rosenstr. 81 u. Badegasse 80.

1 Tafelwagen
 mit Federn, noch wie neu,
 zieht 35 Zentner Tragkraft
 verkauft
Oswald Ulbricht,
 Rössen, Fernruf 79.

Möbelgeschäft und Lackiererei
Max Löwe, Parkstraße 134.

Empfehle mein großes Lager in
 mod. Küchen, Wohn- und Schlaf-
 zimmern in Weiß, Eiche und Nußb.
 lackiert, Herren- u. Speisezimmer
 in echt Eiche und Nußbaum,
 Matratzen, Sofas, Chaiselongues
 sowie einzelne Stücke.
 Besichtigung ohne Kaufzwang.

Viktoria-Konzern
 J. Rothenburg, Dresden

in 8 Wochen 100% in 8 Wochen.
 Einzahlungen von 100 Mark an.
 Kriegsanleihe und andere gleichwertige Wertpapiere
 werden nach Nennwert in 3 Monaten verdoppelt.
 Vertreter: **Magnus Weise,**
 Friseur- und Zigarren-Geschäft
 Wilsdruff, Zellaer Straße 17.

Oswald Mensch Nachf.
 Inh.: Emil Mensch
 Roschschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
 Potschappel, Turnerstrasse 10
 Fernsprecher Amt Deuben 785
 Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.